

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zur Förderung wirtschaftsnaher Infrastruktur

74

(Bitte in vierfacher Ausfertigung einreichen)

An das
Ministerium für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
Haroldstraße 4

4000 Düsseldorf 1

Eingangsstempel des RP

Projekt-Nr.

Datum der Bewilligung

bewilligter GA-Zuschuß in DM

Ich/wir beantrage(n) die Gewährung eines Investitionszuschusses aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA-Mittel), bzw. aus Mitteln der Sonderprogramme NRW/G im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung des Landes NRW¹⁾.

1. Antragsteller (falls nicht Gemeinde oder Gemeindeverband, gesellschaftsrechtliche Verhältnisse darlegen)

Anschrift

Ansprechpartner

Telefon

Bankverbindung

Kontonummer

Bankleitzahl

Beantragter Zuschuß (DM)

2. Art des Investitionsvorhabens (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- ☐ Erschließung von Industrie- und Gewerbegebiete
☒ Errichtung und Ausbau von Verkehrsanbindungen
☐ Wiedernutzbarmachung von brachliegendem Industrie- und Gewerbegebiete
☐ Errichtung und Ausbau von Energie- und Wasserversorgungsleitungen und -Verteilungsanlagen
☐ Errichtung und Ausbau von Anlagen für die Beseitigung bzw. Reinigung von Abwasser und Entsorgung von Abfall

- ☐ Errichtung oder Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten, soweit ein unmittelbarer Zusammenhang der geplanten Maßnahmen mit dem Bedarf der regionalen gewerblichen Wirtschaft besteht
☐ Wiedernutzbarmachung von Fabrikgebäuden
☐ Errichtung (einschließlich Erwerb vorhandener Gebäude) oder Ausbau von Gewerbezentren
☐ Errichtung oder Ausbau von Forschungs-, Innovations-, Technologie-, Gründerzentren bzw. -parks

3. Investitionsort (PLZ/Ort)

Kreis

Bezirk

4. Beschreibung und Begründung des unter Ziffer 2 bezeichneten Vorhabens

Die vorgesehenen Investitionen sowie die damit bezweckten Ziele sind in einer Anlage zum Antrag gesondert darzustellen, um den Sachverhalt möglichst ohne zeitraubende Rückfragen beurteilen zu können.

¹⁾ Anträge sind vor Maßnahmenbeginn zu stellen.

74

5.1 Zeitliche Durchführung des Vorhabens

Beendigung (TT/MM/JJ)

5.3 Folgekosten

für	Betrag (DM)
- Unterhaltung Gebäude	
- Unterhaltung Einrichtung	
- Betriebskosten (einschließlich Personal, abzüglich evtl. Einnahmen)	
Summe	

Herkunft der Mittel	Betrag (DM)
Eigenmittel	
davon Kredite	
Mittel der Gemeinschaftsaufgabe ²⁾	
- sogenannte Normalförderung.	
- Sonderprogramm ³⁾	

Mittel der NRW/EG Programme ³⁾	

- Mittel der regionalen Landesförderung	
- Sonstige öffentliche Finanzierungshilfen	
- oder Beiträge von Unternehmen	
- oder Sonstige Beiträge Dritter (z.B. von Verbänden, anderen Institutionen etc.)	
- Bezeichnung: _____	
Summe	

3) Kurzbezeichnung des Sonderprogramms.

7. Erklärungen

- a) Die Fördermittel werden ausschließlich zur Finanzierung der beschriebenen Maßnahmen verwandt (Grundstückserwerb ist nicht förderfähig, außer z.T. bei Sonderprogrammen NRW/EG).
- b) Ich/wir erkläre(n), daß die Finanzierung der unter Ziffer 5.3 aufgeführten mit dem Vorhaben verbundenen Folgekosten gesichert ist.
- c) Das Vorhaben ist mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung vereinbar; entsprechende Unterlagen sind dem Antrag beigelegt.
- d) Die Belange des Umwelt- und Naturschutzes werden berücksichtigt; entsprechende Unterlagen sind beigelegt (z.B. wasserrechtliche Genehmigung, emissions-/immissionsrechtliche Genehmigung u.ä.).
- e) Mit dem Vorhaben wurde nicht vor Antragstellung begonnen.
- f) Ich/wir bin/sind bzw. werde(n) **uneingeschränkter Eigentümer** der/des Grundstück(e)s auf dem/denen die Investitionen durchgeführt werden. Ansprüche Dritter auf das Grundeigentum wurden nicht angemeldet und sind auch nicht bekannt.
- g) Es ist beabsichtigt, die Industrie- und Gewerbeflächen, die mit Hilfe des beantragten Zuschusses erschlossen werden sollen, für förderbare Vorhaben zu veräußern.
- h) Mir/uns ist bekannt, daß die in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 1 des Landessubventionsgesetzes vom 24. März 1977 (GV. NW. S.136/SGV. NW. 74) sind und daß ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist. Mir/uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, daß für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.
- i) Ich/wir bin/sind damit einverstanden, daß die Bundesregierung oder die Landesregierung den Ausschüssen der jeweiligen Parlamente Namen sowie Höhe und Zweck des mir/uns gewährten Zuschusses bekanntgeben. Mir/uns ist bekannt, daß die aus dem Antrag ersichtlichen Daten von der zuständigen Behörde in der Bundesrepublik Deutschland auf Datenträger gespeichert und in anonymer Form für Zwecke der Statistik und der Erfolgskontrolle der Wirtschaftsförderung verwendet werden.
- k) Ich/wir **bestätige(n)**, daß die Vergabe öffentlicher Aufträge für o.a. Investitionen unter Einhaltung der Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB/A) und der Verdingungsordnung für Leistungen - ausgenommen **Bauleistungen** - (VOL/A) sowie des Gemeinschaftsrechts und vor allem der gemeinschaftlichen Richtlinien über die Vergabe öffentlicher Bau- und Lieferaufträge und der Artikel 30, 52 und 59 des EWG-Vertrages erfolgen.

- l) Mir/uns ist bekannt, daß sich an den beantragten Finanzierungshilfen der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) beteiligen kann und daß in diesem Falle die Verordnungen (EWG) Nr. **2052/88** des Rates vom 24. Juni 1988, Amtsblatt der EG Nr. L 185 vom 15. Juli 1988 in Verbindung mit den Verordnungen (EWG) Nr. **4253/88** und **4254/88** vom 19. Dezember 1988, Amtsblatt der EG L 374 vom 31. Dezember 1988, Anwendung finden. Die vorgenannten Verordnungen sind im Rahmenplan „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (Bt. Drucksache 11/5099 vom 25. August 1989) abgedruckt. Nach Artikel 32 der Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 hat die Durchführung einer gemeinschaftlich finanzierten Aktion zuständige Gebietskörperschaft für eine angemessene Publizität zu sorgen, um insbesondere die potentiellen Empfänger der Zuschüsse und die Öffentlichkeit auf die Rolle der Gemeinschaft bei der Mitfinanzierung aufmerksam zu machen.
- m) Wir sichern zu, daß das für uns zuständige Rechnungsprüfungsamt bzw. der Abschlußprüfer den ordnungsgemäßen Mitteleinsatz überwacht und den Verwendungsnachweis prüft.

8. Dem Antrag sind beizufügen¹⁾

- a) **Flächennutzungsplan**, Lageplan, Bebauungsplan für das Vorhaben (soweit vorhanden); sonst **Bescheinigung** der zuständigen Bauaufsichtsbehörde über die voraussichtliche Vereinbarkeit des Vorhabens mit raumordnungs- und landesplanerischen Zielen.
- b) **Grundbuchauszug/Auszug** aus dem Eigentümerverzeichnis oder sonstiger geeigneter Nachweis über die bestehenden Eigentumsverhältnisse:
- c) **Baubeschreibung**
- d) **Investitions- und Finanzierungsplan**; Grunderwerbskosten sind gesondert auszuweisen.
- e) Gegebenenfalls Stellungnahme von Industrie- und Handelskammer/Handwerkskammer.
- f) Erklärung der zuständigen antraganehmenden Stelle über die Vereinbarkeit des Vorhabens mit **Umweltschutzbelangen**.
- g) Erklärung über **Vorsteuerabzugsberechtigung**.

Ich/wir versichere(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben und der beigelegten Unterlagen.

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift

¹⁾ Es können gegebenenfalls weitere Unterlagen nachgefordert werden, soweit dies für die Beurteilung des Vorhabens erforderlich ist.